

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
• Fernnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849. •

Immer strebe zum Ganzen und lannst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,90 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsdemokratie.

Auf der Tagung des Deutschen Verkehrsbundes in München hielt Staatssekretär z. V. Professor Dr. Zul. Hirsch einen Vortrag über „Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsdemokratie“, in dem er sich gegen den übertriebenen deutschen Wirtschaftsoptimismus wandte, der unter augenblicklichen Nöten sehr vielfach empfunden und noch allgemeiner zur Schau getragen werde. Wir empfehlen die Ausführungen unseren Lesern und Leserinnen zur besonderen Beachtung.

Der Redner führte aus: Daß in nächster Zeit in der Tat aus den Fehlern unserer Wirtschaftsführung und Wirtschaftspolitik heraus ein zeitweiliger beträchtlicher Niedergang der Konjunktur zu erwarten ist. Die bereits eingetretenen und bestimmend noch in größerer Zahl zu erwartenden Zusammenbrüche seien aber eine durchaus notwendige Korrektur unserer Inflationsüberlastung mit viel zu vielen Vertrieben in Handel, Bankwesen und einem Teil des Gewerbes. Auf die Dauer sei das eine heilsame Wirtschaftsbereinigung. Die Grundlagen der deutschen Wirtschaft seien aber durchaus gesund. Nichts rechtfertigt insbesondere die Schwarzmalerei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die in ihrer bekannten Mai-Eingabe an den Reichstagspräsidenten erklärte, daß, wenn nicht alsbald Lohnpolitik in ihrem Sinne getrieben werde, „der Absterbungsprozess“ der deutschen Wirtschaft nicht aufgehalten werden könne. Vielmehr seien Voraussetzungen und Schlussfolgerungen der genannten Denkschrift vielfach unzutreffend. Wenn dort wiederholt behauptet werde, daß Produktion und Güterumfang der deutschen Wirtschaft im ganzen genommen nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betragen, so sei die genau gegenteilige Erklärung der halbamtlichen Reichstreuegesellschaft wesentlich glaubwürdiger, die in ihrem Halbjahrsbericht erklärt, daß die deutsche Produktion im ersten Halbjahr 1925 den Vorkriegsstand wieder etwa erreicht habe. Mitten in der Inflationszeit hat zwar eine unerhörte Wertverfälschung, aber doch keine so große Wertvernichtung in der Wirtschaft stattgefunden, vielmehr hat in unserem Eisenbahnbau, unserer Schifffahrt und unserer Industrie mitten im allgemeinen Volksleid ein sehr bedeutender Wiederaufbau stattgefunden. Die Behauptung, daß die Produktion nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betrage, stimme für die ganze Landwirtschaft bestimmt nicht entfernt, und auch bei der Industrie könne man nur an einigen Stellen derartiges herausrechnen, wenn man das Jahr 1913, ein Jahr der stärksten Hochkonjunktur, mit dem Jahre 1924 vergleicht, das mit ungefähr zwei Millionen Arbeitslosen und fortwährender Hemmung der deutschen Wirtschaft an der Ruhr begann und sich nur langsam besserte. Verechnet man aber selbst das Jahr 1924 mit dem Jahr 1913 vor Ausbruch des Weltkrieges 1909/13, so zeigt in den bei Deutschland verbliebenen Gebieten die Produktion der Steinkohle rund 98 Proz. der Vorkriegszeit, Braunkohle gar 166 Proz., Holz 91 Proz., Stahl 99 Proz. und Walzwerkzeugnisse rund 107 Proz. An der Winderproduktion lägen also die deutschen Wirtschaftsschwierigkeiten bestimmt nicht, ebenso wenig an der angeblich übermäßigen Höhe der Löhne.

Löhne und Goldbewertung.

Die Behauptung, daß die Vorkriegslohn schon im Mai dieses Jahres vielfach erreicht oder überschritten gewesen seien, überlebe die Goldbewertung, die die Kaufkraft des belien nominallohnes auf beinahe zwei Drittel herabgedrückt habe. Zutreffend sei allerdings, daß bei der Eisenbahn ungefähr derselbe Reallohn wie in der Vorkriegszeit erreicht werde. Aber doch eben nur deswegen, weil die Eisenbahner zu den notorisch schlechtest bezahlten, weit unter Durchschnitt gelöhnten Arbeitkräften der deutschen Wirtschaft gehören. Dagegen hätte um die Zeit, von der die Arbeitgeberdenkschrift spricht, der Werkstättenarbeiter bei der Eisenbahn gegenüber der Vorkriegszeit 10 Proz. seiner Kaufkraft eingebüßt, die Hauwer im Bergbau hätten durchwegs etwa 16 Proz. Kaufkraft weniger als vor dem Kriege und die höher bezahlten Arbeitskräfte wären noch weit darunter. Ebensovienig treffe es zu, daß das ausländische Lohnniveau nicht mehr wesentlich höher sei als das deutsche. Lieber den Dollar berechnet, seien die Löhne, wenn man Deutschlands Löhne im Mai b. 30 als 100 setzt, in den Vereinigten Staaten etwa 35 bis 40, in Großbritannien 100 bis 120, in Dänemark 140 bis 185, in Schweden 143 bis 193, in Niederlande 120 bis 155 und niedriger seien sie nur in den Ländern der augenblicklichen Inflation, und selbst in Frankreich wenigstens teilweise höher. Daß die Reichsbank sich anscheinend in einem Schreiben zu einer Vorkriegszeit verstanden habe, wonach Lohnsteigerung zu Inflation führen könnte, sei bedauerlich. Wenn die Reichsbank innerhalb der gesetzlich gesetzten Menge an Zahlungsmitteln bleibe, sei es für die Frage der Inflation völlig gleichgültig, wie die Wirtschaftskräfte sich in den möglichen Preis, der wiederum durch die Kaufkraft der Nation bestimmt werde, teilen. Das mit uns konkurrierende Ausland habe sehr vielfach beträchtlich höhere Löhne und unsere niedrigeren könnten folglich auch an der Passivität der Handelsbilanz nicht entscheidend schuld sein.

Die Gründe der passiven Handelsbilanz.

Die Passivität der Handelsbilanz selber werde dem Ausmaß nach überschätzt, in ihrer Bedeutung als „Passivität der Wirtschaft“ mißverstanden, ihre Ursache liege tatsächlich in Fehlern, insbesondere der Finanz- und Kapitalpolitik begründet. Die Passivität der Handelsbilanz sei zunächst nicht so groß, wie sie scheine. Redner hat bereits vor sechs Monaten die Schätzung bearbeitet, daß ungefähr 20 Proz. des Ausfuhrwertes nicht in den Deklarationen enthalten sei. Im übrigen habe aber gerade die Regierung Luther in allen Fragen nach Auslandskrediten gerufen und diese seien angesichts der Fehler

der inländischen Kapital- und Kreditpolitik in der Tat eine gewisse Frist notwendig. Auslandskredit sei nur ein anderes Wort für Vereinnahmung ausländischer Waren und Rohstoffe ohne sofortige Bezahlung. Auslandskredit nehmen, sei folglich nur ein anderes Wort dafür, daß man die Handelsbilanz eben damit passiv gestalte. Wäre die deutsche Wirtschaft nicht kreditwürdig, würde man sie nicht für gesund und zahlungsfähig halten, so würden die Kredite nicht gegeben, die Passivität der Handelsbilanz würde gar nicht möglich sein. Die Notwendigkeit der Einfuhr auf Kredit sei aber durch falsche Kapital- und Finanzpolitik bei uns selber geschaffen worden. Wenn die Produktion den Vorkriegsstand ungefähr erreicht, der Verbrauch denjenigen der Vorkriegszeit schwerlich noch gleichkomme, so müßte an sich auch die Kapitalbildung wieder ähnliche Dimensionen wie früher erreichen. Wir haben aber vom Ueberfluß unserer Volkswirtschaft einerseits zu viel in die Umlage und zu wenig in das Betriebskapital gesteckt, zum anderen überhaupt den wichtigsten Kapitalbildner, nämlich die breiten Massen, teils durch übermäßige Steuern, insbesondere Umsatz- und Lohnsteuern unnötig geschröpft, zum anderen durch viel zu niedrigen Zins die einstmaligen Sparanhäufungen entleert, von neuer Kapitalbildung abgesehen. Die Finanzpolitik des Herrn v. Schöben steigere diese Fehler ebenso wie die Finanzpolitik von Reichs- und Staatsbank, die viel zu viel Mühe auf Stützung unhaltbarer Konzerne und viel zu wenig auf Beeinflussung der Finanzpolitik der deutschen Wirtschaft verwenden.

Deshalb drohe uns eine schwere Uebergangsperiode, weil man einmal unterlassen habe, durch planmäßige Kapitalpolitik die Bildung von Betriebsmitteln im eigenen Lande anzuknüpfen, die ungleich viel wichtiger sei als Auslandskredit, zum anderen sich rechtzeitig auf den jetzt beginnenden Transfer (Reparationszahlung) einzustellen, die nun nicht mehr aus der Dawesanleihe geleistet werden könne.

Wie muß der Kampf gegen die Krise geführt werden?

Dennoch sei die kommende Krise schwerlich von tiefgehender Bedeutung, denn die deutsche Wirtschaft sei, wie der schnelle Wiederaufbau beweise, in sich fesselnd und die Lage des Arbeitnehmers in insbesondere werde sich in nicht zu ferner Zeit entscheidend bessern. Denn einmal sei trotz aller Rollmauern der große technische Fortschritt, den Amerika erreicht habe, auch bei uns nicht mehr aufzuhalten, er werde aber Produktionssteigerung und in weiterer Folge mehr Nachfrage nach Arbeitskraft bringen. Vom Jahre 1928 an werde sich aber auf dem Arbeitsmarkt der Geburtenausfall der Krieger- und Nachkriegszeit wachsend geltend machen, das Angebot an Arbeitskräften also sinken, während die Nachfrage steigt. Ob diese Stärkung der wirtschaftlichen Position des Arbeitnehmers von ihm wirtschaftspolitisch und allgemeinpolitisch genutzt werde, das sei eine Frage nicht allein der wirtschaftlichen, sondern der intellektuellen und willensmäßigen Machtverhältnisse. Man habe viel zu sehr über die veralteten Formen der Wirtschaftsdemokratie gespart. Weit wichtiger sei eine klare Erkenntnis über Wirtschaftsertrag im Volkswesen, im Gewerbe und im einzelnen Betriebe. Der Arbeitnehmer habe bisher viel Werkstattnkenntnis, aber oft allzu wenig Wirtschaftskennntnis. Der wichtigste Schritt der Wirtschaftsdemokratie sei das entschiedene Einbringen in die kosten- und preismäßigen Zusammenhänge der Wirtschaft. Dann würden weder solche Berechnungen möglich sein, wie sie jetzt von den Unternehmerverbänden und die auch dem Auslande gegenüber abschreckend, also schädlich wirken, aufgemacht werden, noch würde künftig die Last niedergebender Konjunkturen einzig auf den Arbeitnehmer gewälzt werden. Wirtschaftserkenntnis sei der erste und wichtigste Schritt zur Wirtschaftsdemokratie. Auf deren Formen komme es dabei viel weniger an, als auf den hinter der Erkenntnis stehenden Willen. Der aber müßte auch in den breiten Volksschichten stärker sein, als er sich in den letzten Roll- und Steuerkämpfen manifestiert habe.

Die Tagung der Gewerkschaften in Breslau.

Der zwölfte Kongress der freien Gewerkschaften tagt vom 31. August bis zum 5. September in Breslau. Der Zeitpunkt fällt in nicht erfreuliche Zeiten für die Arbeiterbewegung. Vor wenigen Tagen hat die Reichsregierung die Massen stark belastenden Steuererhöhungen und Zollvorläufen von den Regierungsparteien bewilligt. Neue schwere Arbeiterkämpfe stehen bevor, weil die Unternehmer in keiner Weise bereit sind, die schon stark einziehende Steuern durch Lohnsteigerungen auszugleichen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft muß sich gegen die neuen Bedrückungsmaßnahmen zur Wehr setzen, trotzdem ein großer Teil der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen dem gewerkschaftlichen Solidaritätsgedanken nicht mehr huldig und die freien Gewerkschaften in ihrer Macht geschwächt haben, und damit die Kampfkraft, den Mut der Arbeiterkraft insgesamt ungünstig beeinflusst.

Zu dieser Frage wird der Kongress im zweiten und vierten Punkt seiner Tagesordnung: „Bericht des Bundesvorstandes“ und „Die Organisationsfrage“ Stellung nehmen und, soweit sich aus den bisherigen Erörterungen über das Problem der Organisationsfrage, sowie aus dem letzten Beschlusse des Bundesauschusses ergeben läßt, zu Weisheiten kommen, die ohne Zweifel eine Stärkung der freien Gewerkschaften insgesamt bringen und damit der Arbeiterbewegung große förderliche Dienste leisten werden.

Die Frage der geeigneten Organisationsform hat in den letzten Monaten die prominenten Gewerkschaftler und weite Mitglieberschichten sehr beschäftigt, und dadurch wurden die anderen Tagesordnungspunkte zu stark in den Hintergrund gedrängt. Die Delegierten werden aber sicher bei der Behandlung der „Sozialgesetzgebung in Deutschland“, der „Deutschen Wirtschaft“ und der „Wirtschaftsdemokratie“ ihre volle Aufmerksamkeit

leit auf diese Gebiete konzentrieren und in ihren Berichten später das Interesse der Arbeiterkraft darauf lenken, damit das Veräumnis nachgeholt werden kann.

„Die Sozialgesetzgebung in Deutschland“ wird von dem Genossen Hermann Müller, stellvert. Bundesvorsitzenden, behandelt. Das Bestreben der Unternehmervereinigungen geht ja dahin, die deutsche Sozialgesetzgebung abzubauen und ihre Einrichtungen zu verschlechtern trotz des itenenden sozialen Glends; da ist es schon angedacht, daß die größte und einflussreichste Organisation von Arbeitnehmern dazu Stellung nimmt.

Ueber „Die deutsche Wirtschaft“ referiert Professor D. Hermberg, Leipzig. Dieses Thema wird mit dem darauffolgenden des Genossen H. Kadel über „Die Wirtschaftsdemokratie“ der Hauptpunkt der Tagung sein. Die deutsche Wirtschaft befindet sich trotz aller Gegenbestrebungen ihrer Feinde in einem Umwandlungsprozess, der ganz auf Kosten der Arbeiter vor sich gehen soll. Die deutsche Wirtschaft muß sich den Fortschritten der Weltwirtschaft anpassen und ist doch ganz anders einestelt. Sie will einestelt nicht und kann anderenfalls nicht, weil ihr alle möglichen Hindernisse im Wege stehen. Die Konsequenz der fortschrittlichen Richtung würde zur Unterstüßung der Bestrebungen zur Gemeinwirtschaft führen, und das zu vertreten, dazu können sich die Wirtschaftsleiter nicht verstehen. Die Gewerkschaften lassen sich in ihren Bestrebungen, in der deutschen Wirtschaft mitbestimmend zu wirken, nicht abhalten und beschreiten alle Wege, um die Wirtschaft kennen zu lernen und ihre Tendenzen verfolgen zu können. Professor D. Hermberg wird in seinen Darlegungen die Beziehungen der Arbeiterkraft zur Wirtschaft kennzeichnen und dazu Richtlinien aufstellen, die den seit 1922 abgewanderten Verhältnissen Rechnung tragen. Die Arbeiterkraft als Trägerin der Wirtschaft muß für ihre Zukunftsaufgaben geschult werden.

Dazu wird auch Genosse Kadel die gewerkschaftlichen Weisheiten zur Wirtschaftsdemokratie umreißen und Fingerzeige zu geben wissen, die wir als Hilfsmittel im Ringen um die bessere Gesellschaftsordnung notwendig haben werden.

Der zwölfte Gewerkschaftskongress wird Tage verantwortungsvoller Arbeit bringen und wird Markierungsteine auf dem Wege nach vornwärts setzen. Wie die Straße selbst herausstellen sein wird, auf der Millionen von Arbeitern den Weg zum Ziele marschieren werden, ist Sache der Weisheiten selbst, die trotz aller Meinungsverschiedenheiten alle Dinge zu vermeiden haben, die den Weimern nützen.

Aufklärung auf allen Gebieten der Wirtschaft tut not; der Gewerkschaftskongress wird gangbare Wege dazu weisen. Taten darauf setzen zu lassen in Bezug auf Kaufkraft, Kapitalanammlung und andere Faktoren, ist Sache der Millionen Einzelgänger, als organisierte Masse.

Sie sprachen vom Preisabbau . . .

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hatten sich am 21. August zusammengefunden, um Beratungen zu pflegen, wie das Problem Lohnsteigerungen oder Preisabbau zu lösen sei. Die Ministerien der Reichsregierung, der Länder, Vertretung öffentlicher Betriebe usw. waren bei diesen Beratungen zugegen. Unlängst hierzu boten die Ausführungen des Reichstanzlers, der sich bekanntlich in seiner Reichstagsrede vom 8. August dafür stark machen wollte, daß ab 1. Oktober eine allgemeine Preisentzugsaktion einleiten solle. Der außer hatte dieses Versprechen schon einmal im Juli 1924 als Reichsfinanzminister abgegeben, ohne daß irgendeine Erleichterung zu verspüren gewesen wäre. Zum zweitenmale soll also ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt gemacht werden. Und nun hören wir, wie die Spitzen der deutschen Industrie hierbei mitarbeiten gedenken.

In der in der Sitzung vom 21. August angenommenen Entschließung heißt es: „Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sind bereit, mit allen Kräften die Wünsche der Reichsregierung hinsichtlich der Preisgestaltung zu unterstützen. Sie halten es für erforderlich, daß die Ermäßigung der Umsatzsteuer ab 1. Oktober auf 1 Prozent in vollem Umfange in der Preisgestaltung auf allen Stufen der Gütererzeugung und der Güterverteilung zum Ausdruck kommt. Sie erwarten deshalb, daß die ihnen angeschlossenen Unternehmungen bei der Preisabkalkulation dementsprechend verfahren.“

Bezüglich des Kartellwesens „vertreten die Spitzenverbände der Industrie die Ansicht, daß unter der Voraussetzung einer gesunden und verantwortlichen Kartellpolitik Kartelle notwendig sind. Ueberbannungen und Mißbräuche im Kartellwesen können unter keinen Umständen eine Stütze durch die Spitzenorganisationen der Industrie finden. Diese sind deshalb bereit, eine gründliche Überprüfung der Grundlagen der Kartelle vorzunehmen, in Verbindung mit der Regierung, und ungünstige Erscheinungen auf dem Gebiete des Kartellwesens zu beseitigen.“

Der freiziehende Berg hat ein Mäuslein geboren. Denn was soll man zu einer so lebensfähigen Entschlossenheit sagen, in einer Zeit, wo die Spannungen zwischen Lohnarbeit und Kapital zur Siebebege gebieten? Hier, wo nur praktische und erreichbare Vorschläge am Platze sind, wo Mühsal nicht mehr hilft, sondern gepiffen werden muß, beanagt man sich mit dem Versprechen, den vierten Teil eines Prozents „auf allen Stufen der Gütererzeugung und Güterverteilung“ in der großen Aktion des Preisabbaues einzuflehen. Man könnte lachen, wenn es nicht so furchtbar ernst um die Probleme stände.

Und nun erst mit der Revision des Kartellwesens. Ausgerechnet der Reichsverband der Deutschen Industrie will hier eine Weisheit vornehmen. Daß diese ohne Wasser vor sich gehen wird, braucht hier nicht erst betont zu werden. In Deutschland wurden im Jahre 1924 nicht weniger als 3050 Kartelle gezählt, davon allein 2500 in der Industrie. Im Jahre 1905 waren dagegen erst 420 Kartellorganisationen vorhanden. Gibt es doch allein in Papierfabrikation und -handel 78 Vereinigungen, die als Kartelle anzupprechen sind. Angesichts

dieser drohenden Entwicklung fühlte sich selbst das offizielle Organ der Ruhrhandelskammern genötigt zu schreiben: „Das ist schließlich nichts anderes, als die Aufrechterhaltung der Wirtschaftskräfte aus privater Initiative. Alle einschlägigen Wirtschaftskräfte sollten hier im eigenen Interesse für Abstellung der Mängel sorgen. Uebertriebene Kartellpolitik bedeutet Rückgang der Produktion, Verlust der Märkte, Unterbindung des technischen Fortschritts und des freien Unternehmertums.“ Das sind männliche Worte, die man vernehmen in der Entschiedenheit der Spitzenorganisationen der Unternehmer sieht. Stattdessen liegt man dort, daß Kartelle notwendig sind.

So kann man also mit fester Voraussicht proben, daß die ganze Breißenungsaktion, die von der Regierung und den Spitzenorganisationen der Unternehmer angeleitet wird, im Grunde verfaulen wird. Das Ganze ist nur darauf berechnet, die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen von der energischen Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder abzuhalten. Schon stellt sich das Reichsarbeitsministerium hierauf ein, indem die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsrichtern abgelehnt wird, die eine Erhöhung der Lohnsätze vorsehen. Die Reichsbahn hat in den Verhandlungen mit den Eisenbahnerorganisationen erklären lassen, daß sie „nicht in der Lage sei, über das bisherige Angebot hinauszugehen“. Sie sei gewillt, die Reichsbahn in seiner Aktion, die Produktionskosten zu senken, zu unterstützen. Von den Schlichtern im Lande ebenfalls jede nennenswerte Lohn- oder Gehaltserhöhung derselben Gründen abgelehnt.

Die Arbeiterschaft steht mithin bereits einer geschlossenen Lang von Unternehmern und öffentlichen Gewaltten gegenüber. Das ist die Tatsache, der es ins Auge zu sehen ist. Wie soll sich die Gewerkschaftsbewegung nun zu der ganzen Frage einstellen? Soll sie sich auf unsichere Versprechungen einlassen? Soll sie die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auf spätere Zeiten verschieben? Wenn dieser Entschluß gefaßt werden sollte, dann hieße dies, der Gewerkschaftsbewegung das Grab schaufeln. Die Regierung von heute und die Spitzen der Unternehmer sind so unsichere Partner, daß auf deren Worte kein Verlaß ist. Man würde, wenn man nicht wüßte, daß die Forderungen der Gewerkschaften berechtigt sind. Und weil die Stärke der Gewerkschaftsorganisationen zu wachsen beginnt, deshalb sucht man den reichenden Strom der Unzufriedenheit mit unzulänglichen Staudämmen in das friedliche Bett einer Klassenharmonie zu lenken. Dabei mitzuhelfen, haben die Gewerkschaften keine Veranlassung.

Mit solcher Brutalität wurde die Polvorlage durchgepeitscht. Die Stimme der Gewerkschaften, hier Einhalt zu gebieten, wurde mit Absicht überhört oder durch lärmende Phrasen zu überhören gesucht. Nun müßte die Herren sehen, wie sie fertig werden. Die Arbeiterklasse muß nach all den Jahren des Hungers den gebührenden Anteil am Ertrag ihrer Arbeit fordern. Davon kann sie sich auch nicht abhalten lassen, wenn ihr Preisentfaltungen im Ausmaß eines Viertelprozents versprochen werden.

Aktien werden verschenkt.

Am 15. August 1925 schenkte Dr. Edmund Stinnes, der älteste Sohn des verstorbenen Großindustriellen Hugo Stinnes, den Arbeitern der Aqa-Werke rund nominell 2 Millionen Aktien des genannten Werkes. Damit dürfte zum ersten Male in der Wirtschaftsgeschichte, vorausgesetzt, daß die Arbeiterschaft das Geschenk annimmt, der Fall eintreten, daß die Belegschaft eines leistungsfähigen Industriebetriebes Großaktionär desselben wird. Dr. Edmund Stinnes hat sich dabei von seiner sozialen Regung leiten lassen. Es sollte auch kein sozialreformistisches Experiment vorgenommen werden. Es handelt sich vielmehr bei seinem Geschenk, so außergewöhnlich es auch erscheint, um eine durchaus nüchterne Angelegenheit, um den Aqa-Werken, die, soweit wir die Dinge überschauen, nicht mehr und nicht weniger verschuldet sind als ähnliche Unternehmungen, denen aber die Betriebsmittel völlig fehlen, den erforderlichen Kredit zur Weiterführung des Betriebes zu verschaffen.

Als Hugo Stinnes starb, hinterließ er seinen Miesenbesitz seinen beiden Söhnen Edmund und Hugo Stinnes. Beide waren den Anforderungen dieses Miesenvermögens nicht gewachsen. Schon im Frühjahr 1925 stellte es sich heraus, daß der größte Trüß der Welt völlig fest lag und überschuldet war. Die beiden Erben waren mit ihrem Latein zu Ende. Da boten die deutschen Banken die Sanierungsaktion an. Hugo Stinnes, der jüngere der beiden Brüder, und seine Mutter, Claire, nahmen das Angebot an und versicherten sich den Banken, die unter Führung des bekannten Großbankiers Jakob Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank das sogenannte Stützungskontingent für die Stinnes-Werke, mit Haut und Haaren, Dr. Edmund Stinnes aber mochte wohl den Hunger der Banken nach deutschen Industriewerten ahnen und legte für seinen Teil die Sanierungsaktion ab. Er wollte sich anderswie helfen und die Verdrückung von Stinneswerten

Die Gewerkschaften auf der Jahrtausendausstellung in Köln.

Die Jahrtausendausstellung in Köln soll rheinische Kultur, rheinische Geschichte und rheinische Entwicklung im Gesamtbild des Deutschen Reiches zum Ausdruck bringen. Glanzvolle Zeiten der Kaiser und Kirchenfürsten werden dem Besucher vor Augen geführt. Nicht minder eindringlich spricht die Industrie von der reichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte bis zur Gegenwart. Die Umstellung der Industrie durch den verlorenen Krieg war eine schwere Aufgabe. In mehreren Räumen kommt diese Umstellung zur Arbeitsproduktion zum Ausdruck.

Im wirtschaftlichen und sozialen Organisationsleben stehen an letzter Stelle die Gewerkschaften. Aus diesem Grunde war die Beteiligung der Gewerkschaften eine Pflicht. Die dieser Pflicht entgegenstehenden Hindernisse waren nicht gering. Das gesamte ausstellende Material mußte erst mühselig aus den bei den Zentralverbänden für ganz Deutschland vorliegenden statistischen Zusammenstellungen herausgelöst werden, und dazu lag bei fast der Hälfte aller Zentralverbände keine Möglichkeit vor aus Mangel an geeigneten Kräften.

Trotz vieler Mängel findet der Gewerkschaftler in der Ausstellung allererste Anfänge der Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen, eigentlich ihre Vorgänger, und zwar bei den Buchdruckern. Aus vor der Eröffnung der Ausstellung ein, aus Anlaß des 75-jährigen Jubiläums des Buchdruckerberufs in Düsseldorf ein Buch „75 Jahre Buchdruckerorganisation“, welches der Ausstellung zugeführt wurde und wertvolles geschichtliches Material enthält. Noch weiter zurück führt eine alte Buchdruckerfahne aus dem Jahre 1845 und dabei aus derselben Zeit die phantasievolle Abbildung der Gesellen und Lehrlinge des rheinischen Buchdruckerbetriebes, der als Eigentümer der Fahne zu bezeichnen ist. Das Jubiläumsschiff führt uns ein in die Kämpfe und politischen Schwierigkeiten der Buchdruckervereine in Rheinland und Westfalen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Es zeigt Photographien hervorragender geistiger und treuer Vereinsmitglieder, die bei ihrem Tode auf vierzigjährige und zum Teil noch längere Mitgliedschaft zurückblicken konnten.

Die Ausstellung erinnert an die Kämpfe der Bergarbeiter. Bekannte Führerfiguren wie Hue, Korfarm und Leipziger landen auf neben den drei sogenannten Kaiserdelegierten, aber

— wir verweisen nur auf den Verkauf der Deutsch-Luxemburg-Aktien weit unter Preis — durch das Stützungskontingent hat ihm ja auch recht gegeben. Es kam so zu einer Teilung des Stinneschen Industrieerbes, in der Dr. Edmund Stinnes folgende Werte übernahm: Rund nominell 4 Millionen 800 000 Mark Aqa-Aktien, welche die Majorität der Aqa-Werke in Berlin darstellten, sämtliche Anteile der Teles-Verkehrs-Gesellschaft, die Majorität von Nordstern, Allgemeine Versicherungs-A.G., eine starke Minderheit der Nordsternbank, eine große Anzahl von Anteilen der Deutschen Eisenbahnverkehrs-Gesellschaft und Aktien der Distrik- und Effektenbank in Amsterdam. Außerdem hatte sich Dr. Edmund Stinnes in dem Auseinanderlegungsvertrag mit dem Bruder und seiner Mutter die Zahlung von 6 Millionen Mark ausbedungen. Diese Teilung der Stinneschen Erbmasse wurde dann von den Banken, die aber nach der Teilung Dr. Edmund Stinnes noch einen Kredit von 2½ Millionen Mark ausicherten, mit der Begründung angefochten, daß dadurch dem Stinneskonglomerat wertvolle Objekte entzogen und die Gläubiger des Konzerns geschädigt werden. Darauf erklärte Edmund Stinnes nach längeren Verhandlungen, daß er die Werte nach Holland verkauft habe. Die Banken verlangten nun von Edmund Stinnes, daß er den Kauf rückgängig mache oder den Erlös aus dem Verkauf zur Befriedigung der Gläubiger des Stinneskonglomerats zur Verfügung stelle. Edmund Stinnes weigerte sich. Deshalb traf ihn der Bankstich der Banken, die Kreditperre. Bei den Aqa-Werken wurden die Betriebsmittel knapp. Warenvorräte mußten verpfändet werden. Man konnte die Löhne nicht mehr pünktlich zahlen, die Lieferanten hielten mit ihren Lieferungen zurück und so wurden die Dinge so auf die Spitze getrieben, daß die Stilllegung eines durchaus rentablen und leistungsfähigen Werkes in bedrohliche Nähe rückte.

Da die Banken Edmund Stinnes jeden Kredit verweigerten, blieb ihm nur der eine Weg offen, wenn er das Werk nicht verkaufen wollte, sich staatlichen Kredit zu verschaffen. Um die öffentlichen Stellen dafür geneigt zu machen, bot er seiner Arbeiterschaft die Aqa-Aktien zum Geschenk an, in der Hoffnung, daß man der Arbeiterschaft das nicht verweigere, was man ihm verweigert hatte: den Kredit.

Bei dem Kampf um die Aqa-Werke geht es schließlich um eine Summe von 3 bis 4 Millionen Mark. Angesichts der Objekte, die tatsächlich in den letzten Tagen aus dem Stinneskonglomerat verschleudert worden sind, ist diese Summe so niedrig, daß sie unmöglich die Schärfe erklären kann, die der Kampf angenommen hat. Man versteht ihn auch nur recht, wenn man ihn als einen Machtkampf auffaßt und ihn als den alten Kampf zwischen Unternehmer und Geldheer, zwischen Fabrikant und Bank, zwischen Industriefinanzkapitalismus und Finanzkapitalismus betrachtet. Dieser Kampf hat sich eben, zum Teil aus persönlichen Ursachen heraus, zu einem Duell zwischen Jakob Goldschmidt, dem einflussreichen Beherrscher der Darmstädter und Nationalbank, und Edmund Stinnes ausgedehnt. Die Stinneswerke liegen schließlich Machtverschiebungen zugrunde, die sich nach der Stabilisierung der deutschen Währung und Wirtschaft vollzogen haben. Die veränderte Lage in der deutschen Wirtschaft stellte neue Ansprüche an Unternehmungen und Unternehmer, da der Vertikalaufbau in der deutschen Industrie mit seinen gewollten Substanzanforderungen, sich überlebt hatte. Miesen, Substanz, wie man sie z. B. im Stinneskonglomerat aufschäufte, bedeuteten Miesenverluste, wenn es nicht gelang, sie rentabel zu machen. Das gelang dem Stinneskonglomerat wie auch dem größten Teil der deutschen Industrie nicht. So stellte sich bald der fühlbare Mangel an Betriebskapital ein, der dem flüssigen Kapital, dem Betriebsmittelpital, das ungeheure Uebermaß gegenüber der verlustbringenden Substanz verlor. Flüssiges Kapital hatten aber die großen Banken. Damit hatten sie aber das Mittel in der Hand, um die ganze Industrie, ähnlich wie es vor dem Kriege war, wieder in ihre Hand zu bringen. Der Kampf im Stinneskonglomerat wurde die erste Handhabe dazu und der Kampf Goldschmidt gegen Edmund Stinnes dürfte unter Umständen symptomatisch für den Ausgang des Kampfes sein.

Streitversicherungskassen der Unternehmer.

In der Zeit der Aussperrungsnot der armen Unternehmer versuchen auch die Streitversicherungskassen der Unternehmer ihr Scherchen ins Trockene zu bringen. Es gibt deren mehrere in Deutschland, und anscheinend bereiten sie einander scharfe Konkurrenz. Augenblicklich ist es der Deutsche Industrieverband, Eib Dresden, der mit viel Klameppapier in die Unternehmerbüros hereinbricht, um sich als den alleinigen Machenden schützenden Streikschutz zu empfehlen. Selbstverständlich stellt er einleitend die Gewerkschaften als Missetäterorganisationen hin, die es ihren Mitgliedern durch finanzielle Unterstützung ermöglichen, mit großer Ruhe die Erreichung des gesteckten Zieles abzuwarten. Daran sollen sich die Unternehmer ein Beispiel nehmen.

Es ist natürlich, daß die etwa in dem einem Gewerbe durchgeführten Lohnverhöhungen nachher für alle anderen Branchen von den Schlichtern ihren Schiedsprüchen zugrunde

auch die Opfer der Klassenjustiz, die seiner Zeit auf Grund der Aussagen eines Gendarmen zu langjährigen Buchhausstrafen verurteilt, diese Strafen abbüßten und später im Wiederaufnahmeverfahren glänzend freigesprochen wurden.

Die alten Gewerkschaftler wissen, daß die Aussagen eines Gendarmen durch noch zu viele Entlastungszeugen nicht entkräftet werden konnten. Heute steht der Arbeitgeberverband, von Stürmen umtobt, gefestigt da. Die Ausstellung zeigt auf interessanten Tafeln die Entwicklung, Einnahmen und Ausgaben für soziale Leistungen des Verbandes und das wozu die Büro- und Verwaltungsgebäude, die Eigentum des Verbandes sind. Auch der Zimmererverband und der Fabrikarbeiterverband haben atypische Darstellung über Entwicklung und soziale Leistungen ausgestellt. Beim Handwerkerbund ist die Entwicklung zum Berufsverband dargestellt mit den sozialen Leistungen der Vorläufer des jetzigen Bundes. Mehrere andere Verbände sind in einem einheitlichen Schaubild vereinigt. Bei jedem Bilde zeigt uns eine vergleichende Darstellung den Anteil der Rheinlande am Gesamtverband. Auch die früheren Gewerkschaftskartelle, jetzt Ortsausschüsse des ADGB sind in ihrer Entwicklung den Kartellen von ganz Deutschland gegenübergestellt.

An dieser Stelle sei auch hingewiesen auf den Mitbegründer des preussischen Vorkriegsverbandes der freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen, den damaligen Gauleiter des Schneiderverbandes, Trille, der zwar kein Rheinländer, dessen Photographie trotz seines kurzen Wirtens in den Rheinlanden in diese Ausstellung hineingehört, weil aus den kleinen Anfängen unter seiner Leitung das heutige Bezirkssekretariat des ADGB sich entwickelt hat.

Ein Vergleich der Stärke der freien Gewerkschaften zu den christlichen Gewerkschaften ist leider nur möglich an Hand von zwei Tafeln, welche die Vertretung der Gewerkschaften in der Sozialversicherung veranschaulichen. Dieser Vergleich ist natürlich nicht vollwertig richtig, zeigt aber doch, daß die freien Gewerkschaften im Verhältnis von drei zu zwei gegenüber den christlichen Gewerkschaften in diesen Körperschaften vertreten sind.

In einer Darstellung über die geographische Verbreitung der Gewerkschaften fehlt ein nennenswerter Ort, in dem die Gewerkschaften nicht wenigstens einige Mitglieder haben, obgleich diese Karte sehr viel Mängel aufzuweisen hat. Trotz

gelegt werden, ja, zugrunde gelegt werden müssen, weil ja sonst die Arbeiter der anderen Branchen in ihrem Lebensunterhalte ungenügender gestellt sein würden. Die Stärkung des Widerstandes liegt deshalb in ihrem eigenen Interesse.“

Diese verstärkte Tätigkeit der Streitversicherungskassen bedeutet auf verschärfte Kampfmaßnahmen der Unternehmer. Aber nicht nur die finanzielle Seite der Streikschutzkassen für Unternehmer interessiert uns. Sie leisten auch Aufklärungsarbeiten unter den Betriebsbelegschaften.

Unser Verband führt im Interesse der Mitglieder, aber nicht nur in Differenzfällen den Kampf mit Gewerkschaften und Arbeiterschaft, sondern er bemüht sich auch um die Aufklärung der Arbeiterschaft über volkswirtschaftliche Dinge, wirtschaftliche Zusammenhänge und Notwendigkeiten. In hunderttausenden von Exemplaren werden beständig, und zwar unter neutraler Flagge, Druckschriften und Flugblätter an die Arbeiter verandt, worin sie über volkswirtschaftliche Begriffe, Kapital, Unternehmer, Geld, Lohn, Preis usw. aufgeklärt wird. Namentlich an die Vertriebsräte der Mitglieder kommen solche Flugblätter, auch kleinere Schriften, zum Verland, wie z. B. eine Kartellkarte über die Unmöglichkeit der Einführung der Nordischen Arbeits- und Lohnmethoden, die die Köpfe der Arbeiter in letzter Zeit so verbrocht haben, über die Technische Nothilfe, Preisabbau und so fort.

Wir haben es eigentlich herzlich weit gebracht in Deutschland, daß jeder herausgelaure Unternehmer glaubt, mit solchen „Aufklärungsmaßnahmen“ bei der Arbeiterschaft Eindruck zu gewinnen. Eine feine Gesellschaft, die sich da zur Verbummung und Beschimpfung der Arbeiterschaft zusammenfindet. Streitkassen, Stahlbündelverbände, Technische Nothilfe, Gelbe und abwärts von ihnen, aber mit terkelben Eingabe, sich irgendwie benennende Oppositionelle. Merkt euch das, Kollegen! Schließt die Reihen der Gewerkschaften fester zusammen!

Der deutsch-französische Eisenruß.

Um den deutsch-französischen Eisenruß ist es ziemlich still geworden. Es war in der Zeit auch nicht anzunehmen, daß sich die Industriellen der beiden Länder auf umfassende Abmachungen festlegen, bevor sich die wirtschaftliche Lage Europas einigermaßen geklärt hat und die verschiedenen Gruppen mit einiger Sicherheit ermessen können, was tatsächlich für sie abfällt. Darauf deutet auch eine Meldung der „Frankfurter Zeitung“ hin, wonach die deutschen Industriellen vor der beabsichtigten Unterzeichnung für Ende Juli in Paris vorzulegenden neuen Zusammenkunft schriftlich vorgeschlagen haben, vor der Weiterberatung der Einzelheiten des in Luxemburg getroffenen Abkommens, über das man sich grundsätzlich einig war, zunächst die wichtige Frage der Einschränkung aller europäischen Eisenindustrien zu behandeln, um das Problem einer gemeinsamen Produktionsregelung in allen Staaten Westeuropas zu klären. Daß auch das seit langem geplante Schienenkartell vorläufig an der Quotenverteilung gescheitert ist, ist wohl auf ähnliche Erwägungen zurückzuführen.

Bekanntlich haben die deutschen Industriellen bei der Verhandlung der Frage des deutsch-französischen Abkommens der Eisenindustrien u. a. die Bedingung aufgestellt, daß die Franzosen und Belgier innerhalb der nächsten sechs Monate ebenso zu Subsidaten kommen müssen, wie die Deutschen, um ihre Erzeugung der Lage des Marktes entsprechend wie die deutschen Werke einschränken zu können. Infolge der durch die Weltmarktsverhältnisse in Frankreich geschaffenen günstigen Konkurrenzverhältnisse hat die französische Industrie hieran wenig Interesse, da sie den Zugang zur Einschränkung ihrer Produktion fürchtet. Während die Kartellbildung innerhalb der deutschen Schwerindustrie neuerdings wieder rasche Fortschritte macht, schenken die französischen Industriellen dieser Frage wenig Aufmerksamkeit.

Endlich wird auch in Hinsicht auf die abgebrochenen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen eine Verschiebung der Besprechungen bis zur Wiederaufnahme der amtlichen Verhandlungen angetrebt.

In Belgien haben sich die Fabrik von Dugrée-Maribage sowie die beiden Firmen Albus und Voel zu einem Kartell für den Verkauf von gewalztem Eisenbruch zusammengeschlossen und damit mehr oder weniger einen Schritt in oben angebotener Richtung unternommen. Es war besonders die Gesellschaft von Dugrée-Maribage, die bei dieser Kombination die treibende Kraft war, u. a. auch deshalb, weil ihr Albus und Voel auf dem internationalen Markt eine würdevolle Konkurrenz machten. Dugrée-Maribage hat dem neuen Kartell seine Exportabteilung „Socobelge“ (Société commerciale de Belgique) zur Verfügung gestellt. Das Kartell begann seine Wirksamkeit am 1. August. Belgischen Zeitungsmeldungen zufolge soll auch eine Fusion mit dem deutschen Schublat für gewählten Eisenbruch geplant sein. Die drei belgischen Firmen kontrollieren bereits die Produktion im Großherzogtum Luxemburg.

hängen eine stattliche Anzahl Photographien von Gewerkschaftshäusern an den Wänden, als wollten sie sagen, daß die Feindseligkeit von Totalbesitzern in der Pergabe von Räumen zu Versammlungen und Sitzungen durch Selbsthilfe überwunden wurde.

Der Zentralverband der Angestellten und der Allgemeine deutsche Beamtenbund zeigen ihren organisatorischen Aufbau, Tarifverträge und die sozialen Einrichtungen der Verbände des Beamtenbundes. Der dem ADGB angegeschlossene Weltmeisterverband konnte im Raum der freien Gewerkschaften nicht untergebracht werden, es muß aber gesagt werden, daß er in musterhafter Weise seine Einrichtungen auf Papier gebracht hat.

Das Buch von Rother Erdmann: „Die Gewerkschaften im Ruhrkampf“, wurde ausgestellt als Chronik über die bedeutsame Rolle, welche die Gewerkschaften im Kampf gegen widerrechtliche Maßnahmen der Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet übernommen hatten.

So ist in Wahrheit der Raum der Gewerkschaften zu einer ersten schlichten Geschichte in Bildern von den Kämpfen und Erfolgen im Westen Deutschlands geworden. Die Stadt Köln hat die Absicht, neben vielen anderen Ausstellungsständen auch die gewerkschaftliche Abteilung später in einer ständigen Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, was sehr zu begrüßen ist.

Mögen die Völker und alle Volksgenossen angesichts dieses Martyriums, angesichts der Hekatomben von Menschenopfern dieses entsetzlichen aller Kriege den Krieg verabscheuen und bekämpfen als das grausamste Verbrechen an der Menschheit. Menschlichkeit und Kultur gebieten, an Stelle von Gewalt und Unterdrückung Freiheit und Recht zu setzen. Die Vergewaltigung und Unterdrückung von Völkern war immer der Fluch der Welt. Nur die wahre, alle Völker umfassende und durchdringende Demokratie kann der leidenden Menschheit den Frieden geben. Der Völkerverbund und der Völkergemeinschaft muß die Zukunft gehören. Wohl ist der Weg dorthin weit und schwierig, vertragen dürfen wir aber nicht. Geloben wir, die Erhaltung dieses hohen Ideals zu unserer Lebensaufgabe zu machen, dann ehren wir am würdevollsten unsere Toten!

Reichspräsident Ebert

In einer Rede am Totensonntag 1919 zu Ehren der Gefallenen

Zur Generalversammlung.

Zum Antrag Coburg.

Die Zahlstelle Coburg stellt einen Antrag an die am 2. September in Magdeburg beginnende Generalversammlung zur öffentlichen Aussprache, zu dem ich mir gestatte, einige Worte zu verlieren.

Bunächst befremdet es und nimmt wunder, daß ein solcher Antrag von einer Zahlstelle kommt, die selber einen Angestellten beschäftigt und denselben bereits zu einer Generalversammlung (Dresden) entsandte. Es wäre begreiflich und verständlich (wenn auch falsch), wenn ein solcher Antrag aus einer kleineren Zahlstelle käme, die nicht die notwendigen Erfahrungen über die Tätigkeit und Nützlichkeit eines Zahlstellenangestellten sammeln konnte und in der gewisse Eifersuchtsanwandlungen die Triebfeder sein könnten. Unverständlich bleibt mir aber die Einstellung der Zahlstelle Coburg. Die Generalversammlung soll beschließen: „Die Lokalangestellten sind zur Generalversammlung auf Kosten der Hauptkasse mit beratender Stimme zuzulassen und dürfen keine Delegation annehmen.“ In ganz gewöhnlichen und klaren Deutsch umgemünzt, heißt dieser Antrag nichts weniger, als der diesmaligen Generalversammlung zuzumuten, ein Ausnahmeweg gegen die Zahlstellenangestellten zu beschließen; denn in seiner Konsequenz könnte ein solcher Beschluß gar nichts anderes bedeuten, als eine Verringerung des § 13, Abs. 1 des Verbandsstatuts, nach dem jedes über 18 Jahre alte Verbandsmitglied das Recht haben soll, sich zu allen Vertrauensämtern wählen lassen zu dürfen. Im § 35, Abs. 2 müßte hinter das Wort „Delegierten“ ein „und die Zahlstellenangestellten“ eingefügt werden. Wie schon gesagt, würde in seiner Konsequenz eine solche Bestimmung eine Minderung der Rechte der Zahlstellenangestellten sein, wie es mir auch als ein Unrecht erscheint, wenn die Gauleiter auf der Generalversammlung gegenwärtig ohne Stimmrecht sind. Sind doch gerade die Gauleiter diejenigen Verbandsfunktionäre, die die größte Verantwortung tragen für die Durchführung der Generalversammlungsbeschlüsse, an deren Zustandekommen sie nicht verantwortlich beteiligt waren, dadurch, daß sie kein Stimmrecht hatten. Diese Frage einmal wirklich zu prüfen, wäre meiner Meinung nach schon der Mühe wert.

Coburg sagt nun in seiner Begründung allerlei: Sehr oft wenn und aber, vielleichte, jedoch, wenn auch usw. Ein Drehen und Verbenen und Winden! Man gibt sich den Anschein, als ob daran gelegen sei, daß die Lokalangestellten reiflos auf den Verbandstagen anwesend sein sollten. Aber der Herbeiführ liegt wohl offensichtlich in dem zweiten Absatz der Begründung, wo von „Vorgesehener Verhältnisse“, „gewisser Disziplin“, „gewisser Abhängigkeit“, und von den Delegierten, „die ohne Rücksicht frei entscheiden können“, die Rede ist. Eine Frage an die Coburger: Wer hat ihnen denn verraten, daß die Delegierten der verflochtenen Generalversammlungen nicht ohne jede Rücksicht frei entscheiden, das heißt doch wohl: beeinflusst durch die „verantwortlichen Verbandsgauleiter“ ihrer Auffassung und Meinungs Ausdruck verliehen haben bei der Abstimmung? Was, so frage ich, gibt es denn überhaupt zu beeinflussen? Soll nicht jeder Delegierte auf der Generalversammlung, schon bevor er auf derselben eintritt, mit dem Vorbehalt ausgerüstet sein, nur Arbeit zu leisten, die der gesamten Organisation nützt? Wird etwa auf einer Generalversammlung Arbeit geleistet für die spezifischen Interessen einer Zahlstelle oder gar einer Person? Wer so denkt, der hat wirklich den Zweck einer Generalversammlung nicht erkannt und deren Sinn nicht erfasst. Aber wenn dieser Gedanke draußen plärrt, dann hat die Zahlstelle Coburg mit ihrem Antrag dazu beigetragen. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß Coburg die Zahlstellenangestellten mit einigen Zugeständnissen in der Begründung bedenkt. Wenn Coburg wirklich will, daß die „Anwesenheit der Zahlstellenangestellten auf den Generalversammlungen eine unerlässliche Notwendigkeit“ sein soll, „weil sie wie die Gauleiter viel im Außendienst tätig sind und dadurch die Praxis kennen“, dann müßte es kurz und bündig lauten: Zahlstellen mit Lokalangestellten haben diese an erster Stelle und unter allen Umständen zu den Generalversammlungen zu delegieren. Und nur dort, wo neben dem Angestellten ein Funktionär im Betriebe arbeitet, der demselben geistig, an Erfahrungen und an Energie und gutem Willen weit über ist, könnte eine Ausnahme zulässig sein und verstanden werden. Der Antrag Coburg würde, wenn er für uns Geseh würde, nicht nur die Zahlstellenangestellten in Ausnahmestellung bringen, sondern auch den Zahlstellen mit Angestellten verweigern, den Kollegen zu delegieren, von dem sie erwarten, daß er die Organisation zu dienen am geeignetsten ist. Im übrigen hat ja die Dresdener Tagung bewiesen, daß die Zahlstellen mit Angestellten anderer Ansicht waren (auch Coburg); denn dort waren fast ausschließlich alle Angestellten delegiert. Und von selber sind sie sicher nicht nach Dresden gegangen, sondern sie wurden von ihren Zahlstellen gewählt! Schließlich würde mit der Annahme dieses Antrages zu den mangelhaften Besonderheiten, die wir als Porzellanarbeiterverband vor anderen Organisationen haben, eine neue hinzukommen; denn bei den anderen Gewerkschaften spielt bekanntlich die Funktionärstellung des einzelnen Kollegen bei den Delegiertenwahlen zu den Verbandstagen gar keine Rolle. Dort ist man der sehr richtigen Meinung, daß die Tätigsten und Besten auf diese Tagungen gewählt werden müssen.

Sie glaube auch annehmen zu dürfen, daß es die Angestellten ablehnen würden, nur passive Teilnehmer zu sein; sie alle wollen gern die Verantwortung für die Beschlüsse mittragen. Dazu gehört aber Stimmrecht. Und als letztes würde die Annahme des Antrages Coburg eine unnötige Belastung der Verbandskasse bedeuten. Daß in dem Wort Delegation, wie es die Zahlstelle Coburg anwendet, ein Widerspruch liegt, sei nur nebenbei bemerkt; denn Delegation heißt Delegation. Ob der Angestellte von der Zahlstelle oder vom Verbandstag oder vom Verbandsvorstand gewählt oder berufen wird, läuft auf eins hinaus. Ich bin der Meinung: Die Zahlstellenangestellten gehören auf die Verbandstage, und zwar mit allen Rechten!

Gustav Weinhardt, Pöhl.

Abfederung durch Preiserhöhung.

Der „Vorwärts“ schreibt:

In der ganzen Porzellan- und Steingutindustrie haben die letzten Wochen Preiserhöhungen gebracht. Der Verband Deutscher Fabriken für Gebrauch-,zier- und Kunstporzellan hat seinen bisherigen Preisaufschlag verdoppelt, der Verband der Porzellanfabriken erhöhte die Preise um 10, der Steingutverband für seine Massenartikel gar um 40 Proz.

Dabei sind die Läger der Warenhäuser und Spezialgeschäfte in den Großstädten fast wie in der Provinz schon zu den bisherigen Preisen nahezu unverkäuflich. Wie uns von mehreren Seiten übereinstimmend berichtet wird, kann man heute von einem ausgeprochenen Streik der Käuferkraft sprechen. Abgesehen von den Saison- und Räumungsverkäufen liegt das Geschäft tot. Der Leipziger Herbstmesse sieht man in den Straßen der Händlerwelt mit tiefem Pessimismus entgegen. In den Städten mit starker Arbeiterbevölkerung hat seit Juni bereits die im voraus eingerechnete Poliherteuerung des Nahrungs- und Kleidungsbedarfs auch in erhöhtem Maße die zu anderen Waren verfügbare Kaufkraft aufgesogen. In den Mittel- und Kleinstädten, die auf Landumschlag angewiesen sind, rückt sich der Luxuskonsum der bürgerlichen Bevölkerung während der Inflationszeit, wo oftmals für jedes

Kind zwei- und dreifache Taschenservice angeschafft worden sind, jetzt in einer lähmenden Geschäftskrise.

Nun klagt die Porzellan- und Steingutindustrie, die, abgesehen von ihrem bedeutenden Auslandsabatz, auf den Verkauf ihrer Produkte in den breiten Käuferkreisen des Inlands angewiesen sind, über mangelnde Beschäftigung ihrer Betriebe und auch über zunehmende Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Ausland. Die Preise seien, nachdem die Aufträge im Gegensatz zur zweiten Hälfte des vorigen Jahres und der ersten Monate 1925 erheblich zurückgegangen sind, zur Rentabilitätsicherung der Betriebe unzulänglich geworden. Ebenso zwingt die Verteuerung der Rohstoffe, Hilfs- und Verpackungsmaterialien zu Preiserhöhungen. Neben die Einwürfe der Händlerwelt, daß die Preiserhöhungen die Läger noch unverkäuflicher machen und den Inlandsabatz noch härter drockeln müßte als bisher, sind die Verbände- und Konzernleiter der Porzellan- und Steingutindustrie hinzugekommen.

Es will uns scheinen, daß die Porzellan- und Steingutindustrie durch Kartellpreisdiktate dieselbe Dummheit machen will, die die schweren Industrien mit den Rößen gemacht haben: die Inlandspreise systematisch zu erhöhen, um der Reinigungskrise, deren Stunde auch für die Porzellan- und Steingutindustrie gekommen ist, aus dem Wege zu gehen. Den Inlandsbedarf zu verteuern, um durch Dumpfpreise im Ausland die Ausdehnung des Absatzes und die Wiederherstellung der bedrohten Konkurrenzfähigkeit zu erlangen.

Besonders die thüringisch-fränkische Porzellan- und Steingutindustrie scheint überorganisiert und überkapitalisiert zu sein. In die an sich schon überholten Preise werden Betriebs- und

Resultat der Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Wahlgruppe:

1. Gewählt: Oskar Böhm, Zeltow.
2. " Karl Bressel, Hennigsdorf.
3. " Oskar Marthardt, Annaburg.
4. " August Rander, Magdeburg.
5. " Friedrich Schmidt, Neuhaldensleben.
6. " Hermann Rallach, Jena.
7. " Bruno Dienert, Ziegenfurt.
8. " Wilhelm Santermann, Waldburg und Stichwahl zwischen: Melzer, Liffon, Schmidt, Grieger.
9. Gewählt: Julius Kilar, Schmiedeburg (Hgb.).
10. " Max Uhlmann, Theodor Franke, Max Hofmann, Dresden.
11. " Fritz Wißsch, Margarethenhütte.
12. " Emanuel Hartmann, Freiberg.
13. " Georg Weid, Franzenh.
14. " Otto Rapp, Schwarzenbach.
15. " Hans Küpfer, Mehn.
16. " Adolf Tziem, Schönwalb.
17. " Hans Räger, Selb.
18. " Gustav Wehrend, Selb.-Waldberg.
19. Stichwahl zwischen: Albert Köstler, Walbfelsen, und Josef Siller, Mitterteich.
20. Gewählt: Hilmar Heinrich, Artern.
21. " Adam Bärner, Kirchenlamitz.
22. " Paul Berger, Franz Wörth, Weiden.
23. " Georg Schädel, Amberg.
24. " Ludwig Weid, Kronach.
25. " Louis Ellmer, Gräfenh.
26. " Paul Käster, Röhnd.
27. " Otto Knopf, Meichenbach.
28. " Max Müller, Bernhard Köhlschütter, Rudolstadt.
29. " Franz Dietrich, Max Sonnenalb, Kahla.
30. " Max Geitner, Eisenberg.
31. " Karl Burtari, Rüppelsdorf, und Stichwahl zwischen: Karl Herr, Kobach, und Martin Ellenfeld, Rüppelsdorf.
32. Gewählt: Ernst Dalibor, Coburg.
33. " Fritz Müller, Rauenstein.
34. " Simon Stähler, Rauhütte, und Stichwahl zwischen: Burthardt, Fleischhauer und Otto Müller, Rauhütte.
35. Gewählt: Leonhard Keker, Karl Rößt, Almenau.
36. " Ernst Kummrich, Kloster Weiskdorf.
37. " Konrad Fritsch, Blankenhain.
38. " Rich. Eichardt, Ohrdruf, Wilh. Muelius, Stadt-Lengsfeld.
39. " Ferdinand Dieck, Schlierbach.
40. " Hermann Köhner, Bonn.
41. " Ferdinand Bromann, Mannheim.

Revidiert und für richtig befunden.

Berlin, den 25. August 1925.

Die Revisoren:

Otto Senning, F. Ismer.

Generalkosten, Kartellumlagen und Gewinnansprüche einkalkuliert, als ob die Betriebe zu 100 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt wären, während die tatsächliche Beschäftigung weit darunter liegt. Dazu kommen jetzt Preisaufschläge, um mit aller Gewalt das Auslandsgefälle zu forcieren.

Das ist ein gefährliches Spiel. So greifbar die Gefahren sind, Müdigkeit des Inlandsabzuges, Erhöhung der Leerlaufkosten, gesteigerte Konkurrenzunfähigkeit im Ausland, Verschlechterung der Rentabilität, so wenig scheint sich die Porzellan- und Steingutindustrie der Psychose der deutschen Unternehmer entziehen zu können, durch Preiserhöhungen über die industrielle Reinigungsstrafe hinwegzujagen zu können. Sie macht sich augenscheinlich keine Gedanken darüber, daß die Rentabilität nicht gesteigert, sondern gefährdet wird, wenn höhere Preise mit kleinerem Absatz und höheren Selbstkosten bezahlt werden. Sie überfiecht auch völlig, daß die Macht der Kartelle, so groß sie im Ausland ist, im Ausland verfaßt und an der Auslandskonkurrenz scheitert. Nicht zuletzt wegen der unvermeidlich größeren Widerstandsfähigkeit der Auslandskonkurrenz infolge der Wohlfeilheit des Kapitals und der Kredite, die ihr zur Verfügung stehen.

Gerade weil das Ergebnis nicht die Schraube ohne Ende sein kann, an deren Segen die noch immer inflationsbefangene deutsche Industrie insgeheim glaubt, ist die systematische Preiserhöhungspolitik gefährlich. Diese kann, statt zur Rentabilitätsgefahr ohne Ende führen.

Soziales.

Besondere Wohnungen für Tuberkulose. Mit der Ausbreitung Tuberkulose hat sich eine von maßgebenden Vertretern der Staatsbehörden, kommunalen Körperschaften, Landesversicherungsanstalt Westfalen, Westfälische Heimstätte, Medizinalbeamten sowie der großen Spitzenverbände der Stadt- und Landkreise besuchte Tagung am 5. Mai in Bradweide unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. h. c. von Möller beschäftigt und ist hierbei zu folgender Entschließung gelangt: Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der wieder zunehmenden Volksseuche, der Tuberkulose, reichen nicht aus. Weitere wirksame Maßnahmen müssen daher unverzüglich ergriffen werden. Sie liegen in einer zweckmäßigen Anweisung von Tuberkulosekranken jeder Art. Nur in hygienisch einwandfreien Wohnungen läßt sich die Tuberkulose im Anschluß an die Heilanstaltbehandlung wirksam bekämpfen.

Günstig, erfolgversprechend und finanziell durchführbar erscheint vornehmlich die Unterbringung inmitten anderer bestehender oder neu zu errichtender Allgemeinwohnungen in Stadt und Land, wo die gesundheitlichen Verhältnisse es irgendwo gestatten. Selbst im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist nach möglichen örtlichen Gutachten im allgemeinen die Unterbringung zulässig und unbedenklich.

Die Bekämpfung der Krankheit verlangt besonders, der Eigenart der Krankheit Rechnung tragende Wärme und Lage der Wohnungen, die nur geringe Mehranforderungen erfordert. Eine Trennung von Familie und Heimat soll jedoch möglich nicht stattfinden.

Durchgeführt werden kann diese Anweisung allerdings nur, wenn weitere Mittel neben den Geldern aus den staatlichen Wohnungsfürsorgefonds und der Hausinspektoren zur Verfügung gestellt werden, denn die vorhandenen Mittel einschließlich kommunaler Zuschüsse reichen nicht einmal aus, die dringenden allgemeinen Wohnungsbedürfnisse zu befriedigen. Die Mehraufwendungen für die besonderen Einrichtungen dieser Tuberkulosekrankenwohnungen müssen deshalb aus Reichs- und Staatsmitteln bereitgestellt werden. Baldige Erparnisse auf den Gebieten der heilenden Fürsorge und der Sozialrenten werden diese Ausgabe rechtfertigen. Erhebliche Mittel müssen daher zur Verfügung stehen, um dort einzugreifen, wo sie den größten Erfolg versprechen.

Gewerkschaftliches.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Dieser Verband hatte zu seiner Generalversammlung in Frankfurt a. M. sein Organ „Die Gewerkschaft“ so gut und künstlerisch ausgestattet, daß man es als Musterzeitschrift betrachten kann. Die Beiträge waren sehr inhaltreich und standen auf geistiger Höhe.

Verband der Lithographen. Auch diese Organisation hat die „Graphische Presse“ zum Verbandstag in Köln besonders gut durch Zeichnungen und wertvolle Artikel ausgestattet und achtsam herausgegeben.

Holzarbeiter. Der Verbandstag der Holzarbeiter mußte vor Wochen wegen der großen Kämpfe verschoben werden und wurde nun am 16. August in Stuttgart abgehalten. Die achtzigste Verbandstagsnummer enthält geglückte Zeichnungen von der württembergischen Hauptstadt und einige besondere Artikel zur Generalversammlung.

Ademilische Ehrung eines Gewerkschaftsführers. Aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Rheinlande hat die philologische und juristische Fakultät der Universität Bonn den Bezirkssekretär für Rheinland-Westfalen, Heinrich Meyer in Düsseldorf, weil er in schweren Zeiten seine Kräfte mit Entschlossenheit für das Wohl der Arbeiterkassen, im Bewußtsein der Verantwortung für das deutsche Volk, eingesetzt hat, die Würde und Rechte eines Ehrenbürgers der Staatswissenschaften verliehen. Wir beglückwünschen unseren Genossen Meyer zu dieser Ehrung, in der wir zugleich eine Anerkennung der großen Verdienste der Gewerkschaften erblicken.

Genossenschaftliches.

Dreißig Jahre Internationaler Genossenschaftsbund. Am 19. August beging der Internationale Genossenschaftsbund den 30. Jahrestag seiner Errichtung als unabhängige Organisation zur Verwirklichung des genossenschaftlichen Ideals — der Schaffung eines genossenschaftlichen Gemeinwells.

Von 1899 bis 1896 hatte der verborgene Gedanke eines Internationalen Bundes in jenen Ländern unseres Erdteils geglimmt, in denen die Bewegung die größte Entwicklung erreicht hatte. Der alljährliche Austausch gleichgesinnter Vertreter zu den Kongressen der verschiedenen Landesorganisationen hatte den Gedanken eines organischen Zusammenschlusses gefördert und die Einigung der Genossenschaftler für engere Beziehungen angeregt.

Auf dem britischen Kongress im Jahre 1896 in Plymouth war es, wo Emile de Bonne aus Nîmes, unter tatkräftiger Mitwirkung von Edward Bonkitt aus Neale vom Britischen Verbande, den ersten bestimmten Vorschlag zur Bildung eines Internationalen Bundes machte. Aus der wohlwollenden Aufnahme, die der Vorschlag fand, ergaben sich ständigen Bemühungen der nächsten neun Jahre, die für eine unabhängige, alle Länder vertretende Organisation notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Georg Jakob Pollock, der Historiker und Vorkämpfer in der Frühzeit des Genossenschaftswesens in England, war es, auf dessen Antrag auf dem im Saale der Gesellschaft für schöne Künste in London abgehaltenen Kongress am 19. August 1895 der Bund gegründet wurde.

Heute umfaßt der Bund die nationalen Genossenschaftsorganisationen von 34 Ländern und nicht weniger als 50 Millionen Mitglieder.

Von der Keramikindustrie.

Noch normale Geschäftslage. Von der oberfränkischen Porzellanindustrie wird berichtet, daß die Produktion in der bisherigen normalen und regelrechten Weise aufrechterhalten werden konnte. Es zeigt sich aber, daß im allgemeinen die Absatzschwierigkeiten immer größer werden. Nur ganz vereinzelt wird der Inlandsabatz als betriebsmäßig bezeichnet. Im großen und ganzen gehen Aufträge nur sehr spärlich ein, während andererseits die Kunstschaff immer mehr verflucht, die Abnahme früher bestellter Waren hinauszuschieben. Auch in der Reklamationsweise hat sich keine Besserung ergeben. Unter Hinweis auf die bestehende Geldknappheit werden von der Kunstschaff die Zahlungsschleusen ausgedehnt. Das Auslandsgefälle liegt mit geringen Ausnahmen fast daneben. Neue Lohn- und Preiserhöhungen haben die Schwierigkeit, die Produktionskosten mit den Verkaufspreisen in Einklang zu bringen, erhöht. — Die neuen Lohnerhöhungen von 7 Prozent für die Heilsohnarbeiter, die nur einen ganz geringen Prozentsatz der Produktionskosten ausmachen, wurden inzwischen durch die erhöhte Erhöhung des Verkaufspreisaufschlages von 10 auf 20 Prozent mindestens in achtfacher Höhe ausgeglichen und haben in keiner Weise Schwierigkeiten bereitet, dagegen brachte die ungezügeltere Preiserhöhung die eingetretenen Störungen und das Zurückhalten der Händler.

Günstiger Abschluß. Die Altobolmer Porzellanfabriken, ein Betrieb des Hüttenröhrer-Hohenberg-Konzerns mit rund 1400 Beschäftigten, erstellte zum Jahresabschluß 1924/25 ein günstiges Ergebnis. Das Betriebsergebnis erscheint leider nicht in den Presseberichten. Eine Dividende kam nicht zur Verteilung; der Reingewinn wird zur Stärkung der Liquidität (Rücklage) des Unternehmens verwendet. Die Wünsche für das laufende Geschäftsjahr sind befriedigend. — Wenn die Verlagschaft dies nur von sich aus sagen könnte.

Aus unserem Beruf.

Rimbach. Zu den Zuständen, wie sie sich seit einem Jahr in der Porzellanfabrik Rimbach N.-G. abspielen, muß einmal in der Öffentlichkeit Stellung genommen werden. Voriges Jahr im August mußte der damalige Direktor Georgi auf Grund der tiefen Arbeiterkassen geben. Selbstverständlich suchten die Herren Aktionäre bei diesem Vorgang ihren Nutzen. Einige Kollegen, die damals sagten, wir müssen bei dieser Gelegenheit auch unser Recht fordern, wurden nicht angehört. Der Prokurist Jakob, der schon längere Zeit bei der Firma beschäftigt war, wurde am 1. April 1925 vom Aufsichtsrat der Aktien-

Gesellschaft zum Direktor gewählt. Vorher wurde der Kram von einem Gewerbetreibenden geleitet. Was merkt nun die Gesellschaft von dem neuen Geist, der hier eingeblasen ist? Was allgemein angenommen war, es wird nun besser, ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, viel schlechter ist es geworden. Die Lohnzahlung ist eine Sache für sich. Da es fast keine „Männerartikel“ mehr gibt, und die Männer höchstens 12 bis 15 Mk. wöchentlich verdienen, wäre es doch angebracht, wenn der Verbleib regelmäßig ausgegahlt würde, aber weit gefehlt. Seit vorigem Jahr sind die Arbeiter stets 4 Wochen mit ihren Hungerpfeilen zurück. Mitten in der Woche bekommen sie einmal 5 Mk., in 8-10 Tagen darauf 8 Mk. Das dadurch die Arbeiter von Siegmundsburg und Umgebung in ein wirtschaftliches Chaos geraten ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Die vorige Woche mietete ein Gerichtsvollzieher einen vollen Tag in Siegmundsburg. Wenn erst die Kräfte und Konsumverhältnisse ihre Schulden einmal einlagern, kommen die hiesigen Einwohner an den Bettelstab. — Was jetzt wurde über die Männerartikel geschrieben, diese sind, wie es im Volksmund heißt, noch Gold gegen die Löhne der Helmarbeiter und -arbeiterinnen. Wenn eine Frau in 60 bis 70 Stunden 5 Mk. verdienen will, muß sie sehr geschickt sein. Was nun in Wirtschaftlicher Herr Direktor Jakob für diese Notstände übrig hat, soll mit folgendem Vorfall charakterisiert werden: Die Brenner, die sich weigerten, einen Ofen, der noch zu heiß war, auszunehmen, wurden gemeine Kerle tituliert. Weiter wurde von ihm ausgerufen: „Wut! Tötel, ihr wollt nur die Fabrik mit aller Gewalt ruinieren.“ Herr Jakob, denken Sie sich in die Lage der Arbeiter, die vor einem wirtschaftlichen Untergang stehen, ob diese dann noch große Lust zum Arbeiten haben. Denken Sie an die naturnotwendige Regel, die lautet: „Wer gut schmiert, der gut fährt.“ Ist es im gewöhnlichen Leben nicht so, daß ein ausgehungertes Pferd lange nicht so viel leisten kann, wie ein gut gefüttertes? Weiter zu Ihrer höflichen Bemerkung, die Fabriksteile hänge in der Luft, sei Ihnen zu Ihrer Verabreichung folgendes gesagt: Es ist selbstverständlich, daß sich der Arbeiter in Folge der wirtschaftlichen Lage eine Mißstimmung bemächtigt hat, aber es wird die Zeit kommen, da wird sich Ihre Gesellschaft ihrer traurigen Lage bewußt werden und nicht durch Kopfschütteln ihr Dasein mehr fristen, sondern sich aufrufen und ernstlich für ihre gerechte Lebensmöglichkeit kämpfen. Zu den Unschwärmereien eines Arztes muß gesagt werden: Dieser Schädling schwärzt noch ehrliche Arbeiter in verleumderischer Art und Weise an. Ihre Tatkraft wird nicht von allzu langer Dauer sein. Ihr Linbacher Arbeiter und Arbeiterinnen, wann rauft ihr euch endlich auf und erkennt eure Not? Wann seht ihr ein, daß nur ein geschlossenes Zusammengehen innerhalb des Verbandes euch von eurem Elend befreien kann? Hoffentlich bald!

Benia. Emaillier-Schiffmaler, Achtung! Da zur Zeit ungelöste Differenzen in der Sächsischen Emaillier-Fabrik Reuter & Helge in Benia die Maler hier in Schwere hält, bitten wir die Kollegen, Bezug nach hier zu weihen. Anfragen sind an Kollegen Richard Poppitz in Goldschmiedeweg 28, zu richten.

Tiefenfurt. Bei der Firma R. S. Luppach muß seit circa vier Wochen zum größten Teil verfehrt gearbeitet werden, und das zu einer Zeit, wo jeder Arbeiter die paar sauren verdienten Groschen braucht. Als Grund gibt man Abschwächungen und Geldmangel an. Man hängt alle Wochen einen Zettel an das schwarze Brett, damit jeder lesen kann, wieviel Stunden er in der nächsten Woche zu arbeiten hat. Einen Betriebsrat braucht man dazu nicht; der steht nach Ansicht der Firma nur auf dem Papier. Abschwächungen und Geldmangel ist die heutige Parole gegen den dummen Michel; doch sieht man hinter die Kulissen, so sieht man nichts von Geldmangel. Was kostet wohl heute der Unterhalt eines Schöden Verbe und Bierbuden mit den dazugehörigen Leuten pro Woche, zumal fünf Zeile nur dem Luxus dienen? Ist es nötig, daß man in der Zeit, wo angeblich Geldnot sein soll, sich eine große massive Reithaut kauft, Turngeräte und Parkett darin anlegt und vieles andere mehr? Die Arbeiter, welche die gelbverkleideten Bauten und Zuzusachen der Unternehmer hat verdienen helfen, muß jetzt zum Dank dafür ihren Hungerriemen kürzer schnallen und ihre Arbeitskraft welche schon bis auf äußerste angespannt ist, noch mehr der Proletariatskrankheit opfern. Es gibt eben verführte Arbeitszeit und einen Lohn, welcher zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Einem Proleten darf es niemals gut gehen, dafür sorgt auch der Unternehmerverband; einen Beweis dazu bildet der letzte Schiedspruch, wo man ganze 7 Proz. Zulage nur für Reithautarbeiter durch den Schlichter des Reichswirtschaftsministeriums ausgebrochen bekommen hat, bei einer Gültigkeit bis 31. Dezember 1925. Das alles zu einer Zeit, wo sozusagen ein Winter die fortwährende Kreissteigerung steht. Den Schlichter müßte man nur mal vier Wochen lang in der äußersten ungesunden Luft einer Porzellanfabrik arbeiten lassen, dann würde er wohl den Spruch nicht beargwöhnen, indem er sagt: Die vorgeschlagene Lohnregelung entspricht der Billigkeit. Sie berücksichtigt die derzeitige Lage der feinsten Industrie und trägt den Bedürfnissen der Arbeitnehmer unter den obwaltenden Verhältnissen angemessene Rechnung. Nach § 16 der Fabrikordnung soll die Auszahlung des Lohnes wöchentlich, und zwar Sonnabends erfolgen, leider weiß die Firma immer erst 5 Minuten vor Schluss, daß das Geld noch nicht da ist. Gnädig läßt man dann der Bezahlung durch die „Ober“ mitteilen. Geld gibt es erst zwei Stunden später. § 18 sagt: Die Lohnsummen werden voll ausbezahlt. Doch hat es in diesem Jahre noch nicht viel Sonnabende gegeben, an denen das der Fall war. Es wird die Hälfte ausbezahlt und der Rest 3 bis 4 Tage später. Aus all diesen Umständen müßte sich die Arbeiter, auch vom Kampf rufen und dem Unternehmer die Fäuste zeigen. Arbeiter, seht nicht ruhig zu, wie jene im Luxus schwimmen und ihr am Hungerstich naget. Aufwacht und eure Stärke geriet!

Literarisches.

Der Kampfbuch zum Massenport von Ernst Krafft. Verlag F. S. W. Dietz, Berlin. 64 Seiten. 1.— Mk. Als erstes einer Reihe Sportbüchlein bringt der Verlag F. S. W. Dietz ein Buch auf den Markt, das eine fühlbare Lücke in der literarischen Literatur auszufüllen bestimmt ist. Es wurde auch höchste Zeit, daß einmal einer unserer berühmten Genossen zu der zeitgemäßen Frage Stellung nahm; denn der Sport hat in sehr starkem Maße unsere junge Arbeiterklasse erfaßt. Der Gefahr einer geistigen Verflachung ist nicht zu lennen. Der Verfasser geht dem Problem mit der Waffe marxistischer Kritik zu Leibe, zeigt die sozialen Triebkräfte der Sportbewegung und weist den Weg, den der Arbeiterport gehen muß, wenn er als würdevolles Glied der sozialistischen Gesamtbewegung weiten will. Der Gedankengang des Verfassers kommt schon als Titel der Schrift treffend zum Ausdruck. — Zusammenfassend sagt Fritz Wittenberg: Das erste Dietz-Sportbuch ist eine Tat! Trotz vieler es aller Geschicklichkeit. Es ist eine Erlösung! Daß es in die Hand eines jeden Arbeiters gehört, versteht sich von selbst.

Der Volksfreund bringt eine neue Nummer seiner Zeitschrift heraus, die eine Reihe nützlicher Nachrichten über Erholungsreisen und Wandern bringt. Interessieren dürfte vor allem ein Aufsatz über das Alpenjagdheim in Galtür im südlichen Tirol. „Al“, die Fortsetzung der im vorigen Heft beschriebenen Festschrift, ein Bericht über Erholungsmaßnahmen im Rasthaus Nichtenstein usw. Die neueste Nummer der Zeitschrift „Volksfreund“ und sonstiges Material verleiht gegen Bezahlung des Portos die Geschäftsstelle Berlin S. O. 68, Wilhelmstraße 41.

Adressenänderungen.
Tillowitz, Kass.: August Michael, Dreher.
Beden. Kass.: Caroli Heindl, Dreher, Herrenbrunnstr. 248.
Kass.: Richard Kiebel, Quappenstr. 248.

Ausrufl

Unser Kollege Eduard Kubo ist jetzt schon über zwei Jahre krank und arbeitsunfähig und aus allen Kassen schon seit 1 1/2 Jahren ausgesteuert. Von keiner Stelle bekommt er Unterstützung, weil er tschechoslowakischer Staatsangehöriger ist. Unsere Kasse hat schon aus ihren schwachen Mitteln und durch Sammlungen manches getan, um die Not des kranken Kollegen zu lindern. Wir fordern alle Kassenstellen auf, durch ihre Unterstützung dazu beizutragen, den Hunger aus der Familie des armen Kollegen auf einige Zeit zu vertreiben. Helft, Kollegen, die Not ist dort groß.
Alle Geldsendungen sind an den Kassierer Karl Schäff, Mannheim-Rheinthal, Baderweg 42, zu senden. Danksagung erfolgt in der „Ameise“.

Quittungen.

Für unseren kranken Kollegen Alfred Sellner gingen folgende Beträge ein: Urzberg 5.— Mk.; Schönbach 4.— Mk.; Magdeburg, Nauendorf, Mitterteich, Blaue, Annaburg, Tiefenfurt, Stettin, Teltow, Spandau, Vordamm, Hennigsdorf, Zwickau je 3.— Mk.; Burgau, Mensewitz, Koflau, Teltow, Grünstadt, Waldbassen je 2.— Mk. Summa 57.— Mk. Im Namen des Kollegen Karl Grün sowie der Kasse alle Gebern besten Dank.
Richard Poppitz, Kassierer, Goldsch.

Schlenking je 5.—; Annaburg, Berlin N., Wetzlar, Tiefenfurt, Mitterteich, Nauendorf, Wabendorf, Roffen, Blaue, Nauendorf, Stettin, Teltow, Spandau, Vordamm je 3.—; Burgau, Mensewitz, Koflau, Teltow, Grünstadt, Waldbassen je 2.— Mk. Summa 74.— Mk. Allen Gebern im Namen des Kollegen Sellner und der Kasse besten Dank.
Georg Bauer, Kass., Waldbassen, Finkenbühlstr. 3.

Für den kranken Kollegen Karl Grün gingen folgende Beträge ein: Urzberg 5.— Mk.; Schönbach 4.— Mk.; Magdeburg, Nauendorf, Mitterteich, Blaue, Annaburg, Tiefenfurt, Stettin, Teltow, Spandau, Vordamm, Hennigsdorf, Zwickau je 3.— Mk.; Burgau, Mensewitz, Koflau, Teltow, Grünstadt, Waldbassen je 2.— Mk. Summa 57.— Mk. Im Namen des Kollegen Karl Grün sowie der Kasse alle Gebern besten Dank.
Richard Poppitz, Kassierer, Goldsch.

Für den Kollegen Wilh. Drescher gingen nachträglich noch folgende Beträge ein: Frankfurt a. M. 10.— Mk.; Rauenstein 2.— Mk. Bereits quittiert 81.— Mk. Summa 93.— Mk. Auch diesen Gebern herzlichen Dank.
J. A.: Adolf Gärtnert, Koflau (Anh.).



Gold u. Silber

Otto & Hellmut Helfert, Gold-Schmelzgeschäft, Zwickau i. Sa.

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt.
Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt.
Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Werdauerstr. 25. (108/35)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.
Goldschmelzgeschäft / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Reichstes Einkaufsgeschäft dieser Art (112/35)

Goldabfälle jeder Art (178/35)
wie Lappen, Schmiere, Asche, gebranntes Gold, Glaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Flüssige Glanzgold- und Poliergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.
H. Langhammer, Goldschmelzgeschäft, Witten i. Sachsen.

Jakob Scherer, Glauchau i. Sa.

Direkte Einfuhr in Schwämmen.
Reelle und billigste Bezugsquelle für die keramische Industrie. (257/35)

		Preise per Meter	
Ungebleichtes Baumwolltuch für Vorhänge	75 cm breit	0,65	Mk.
Weißes Hemdzeug, prima Qualität für bessere Wäsche	80 "	0,87	"
Handtuchstoff, für Küche	42 "	0,39	"
Hemdhemdell, prima Winterware	76 "	0,85	"
unverwundlich	78 "	0,98	"
Anzugstoffe, wirklich prima Qualität, 140 cm breit	6,70 u.	3,85	"
Strickstoffe, beste, prima Qualität, in jede Farbe, 10 Gebirg	0,98		"
Ich führe nur gute Qualitäten. Geld zurück, wenn anders was billiger oder Bares nicht entspricht. Versand sofort ab 10 Mk. Ab 20 Mk. portofrei.			
Willy Dreier, Webwaren, Weiden in Ober-Pfalz.			

Offerte hierdurch für Porzellan- und Steingutfabriken, gegen ein Zahlungsziel von 1 bis 3 Monaten: flache glatte, fachmännisch bearbeitete prima Zymocca-Drehschwämme, per 100 Stück 45, 75, 100 u. 125 R.-Mk.; größere u. mittlere volle prima Venghaff-Zymoccaschwämme, das Stk 80 bis 150 R.-Mk.; feinste größere u. mittlere prima Levantinschwämme; prima Levantiner „Elefantentönen“; kleine flache und glatte prima Levantinschwämme, per 100 Stück 20, 30 und 40 R.-Mk.; feinstgroße weiche prima Reeschwämme (auch für Drehereien und Glasur geeignet), das Stk 75 Stk enthaltend, 60 R.-Mk. Auf Wunsch auch Anstandsbedingungen, von welchen nicht konvenierende Positionen innerhalb 1 Woche zurücknehmen. S. Zwickau, Schwammgroßhandlung, Berlin G. 25, Prenzlauerstr. 42.

Steingutfabrik
nicht in Dauerstellung zum sofortigen Eintritt einige tüchtige
Glas- und Weberformer

für Gebrauchsgeschirre. Es kommen nur ledige, an sauberes Arbeiten gewohnte Dreher in Betracht. Angebote nebst Zeugnisabschriften erbeten an Rudolf Mosse, Stuttgart, unter Chiffre „261“.

Junger Maler, im Alter von 22 Jahren, in allen in der Feinhandmalerei (Blumen und Landschaften) sowie Staffage) vorkommenden Arbeiten bewandert, sucht sich zu veranlassen. Angebote werden unter „F. 147“ an „Die Ameise“ erbeten.

Zwei junge, ledige Maler, firm im Spicken, Schablonen-schneiden und Goldmalen, suchen Stellung. Angebote unter „F. 148“ an „Die Ameise“.

Junger, lediger Formgießer, nur in ersten Gebrauchsgeschirrfabriken tätig gewesen, wünscht sich sofort zu veranlassen. Angebote unter „F. 149“ an „Die Ameise“ erbeten.

und alle in der Porzellan-malerei vorkommenden Ab-fälle laufen zu Tagespreisen

Wir suchen einen
Formgießer
einen
Kapfeldreher
bei auskömmlichen Löhnen.
Porzellanfabrik
Großalmerode
Bezirk Cassel. (250/3)

Tüchtige, saubere
Gebrauchsgeschirrdreher
Glaserinnen
und
Putzerinnen
welche schon in Gebrauchsgeschirrfabriken tätig gewesen sind, sucht
(202)
Porzellanfabrik Taubendamm
bei Wallendorf in Thüringen.

Fabrikarbeiter sparen Geld
Wenn Sie in der Fabrik meine Industriezweige tragen. Auf 8a, ein Segeltuchstich mit harter Leder-sohle und Zwischensohle, Zwickau, Lederstich, Lederstich und Spange. Dieser Schuh ist billiger als ein Paar neue Sohlen auf ein Paar Lederstich. In Salzbach ist un-überbrosen. Glasarbeiter tragen diese Schuhe seit Jahren und sind sehr zufrieden, was am besten durch die große Nachfrage be-wiesen wird. Außerdem empfehle ich Segeltuchstich mit Leder-, Chromleder- und Gummi-sohlen für den Sport, für die Straße und für das Haus. Blisch- und Leder-pantoffel. Silbige Stubenpan-toffel mit Pompon, Lederstich, Marke „Sylva“, die gute Bahform. Randgenähte Lederstich, beste Wanderschuh. Verlangen Sie noch heute meine neueste Preisliste, aus der Sie alles nähere erfahren.
Karl Kiege, Weißwasser
Pantoffelfabrik und Schuhverkauf.

Goldschmiede, Goldlappen, Asche und Goldflaschen
und alle in der Vergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher und reeller Bedienung (207/35)

Oskar Rottmann
Stadtm in Thüringen.

Wir stellen noch einige tüchtige

Dreher
und
Gießer

für unsere Abteilungen
Steingutgeschirre und sanitäre
Spülwaren ein. (204)
Ludwig Wessel, A.-G.
Bonn a. Rh.

Einen tüchtigen

Abdreher
stellt sofort ein. (206)
Rheinsberger Steingutfabrik
C. & E. Carstens
Rheinsberg (Mark).

Tüchtiger Maler, 43 Jahre alt, der Sohn Maler, sucht Stellung mit Wohnung. Arbeitet in Staffage, Rand, Wand, Festungsgeschirre, Blumen- und -Unterlagen. Muster zur Verfügung. Angebote auf Porzellan oder Steingut erwünscht unter „F. 146“ an „Die Ameise“.

Tüchtiger Gießer, vierziger, firm in Luxus und Ge-schirre, seit 30 Jahren im Fach, durchaus sauberer und flotter Arbeiter, sucht Stellung. Kleine Wohnung für dreiköpfige Familie muß vorhanden sein. Angebote unter „F. 150“ an „Die Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: Wilh. Herden, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.
Druck: C. Janiszewski, Berlin S. O., Elisabethufer 28/29

Wir suchen einen
Formgießer
einen
Kapfeldreher
bei auskömmlichen Löhnen.
Porzellanfabrik
Großalmerode
Bezirk Cassel. (250/3)

Tüchtige, saubere
Gebrauchsgeschirrdreher
Glaserinnen
und
Putzerinnen
welche schon in Gebrauchsgeschirrfabriken tätig gewesen sind, sucht
(202)
Porzellanfabrik Taubendamm
bei Wallendorf in Thüringen.

Thüringer Porzellanfabrik
sucht zum sofortigen Eintritt
einen tüchtigen
Brenner
der für gute Ofen garantiert
und Ofen setzen kann. Derselbe
muß außerdem Glühboden- und
Brennhausbauarbeiter beaufsichtigen
können. Wohnung kann event.
später gestellt werden. Offerten
unter „260a“ an die Redaktion
der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger
Kapfeldreher
von Thüringer Porzellan-fabrik sofort gesucht. Ange-bote unter „265“ an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger, erfahrener
Kistenpacker
für Steingutgeschirre, besonders für Exportverpackung, wird von einer Steingutfabrik in der Nähe Berlins gesucht. Für strebsame, energische Person bietet sich Gelegenheit, einen dauernden Posten zu erwerben. Bei zufriedenstellender Leistung ist die Hebertragung der Leitung der Packerei an den Bewerber in Aussicht genommen. Schriftliche Angebote unter „263“ an die „Ameise“ erbeten.